

Von: [REDACTED]@afdexit.de
Betreff: AfD-Verbot
Datum: 21/09/2024, 10:43:56
An: [REDACTED]@spd-fraktion-bremen.de
Kopie: [REDACTED]

Sehr geehrter Herr Güngör,

mit Interesse habe ich heute einen Artikel bei "buten un binnen" gelesen, der sich mit der Thematik einer möglichen Isolation im Zusammenhang mit einem AfD-Verbot befasst.

Ich würde mich freuen, wenn wir uns dazu austauschen könnten. Ich bin Initiator der derzeit größten Petition, die ein konsequentes Verbot der AfD fordert. Momentan haben wir etwa 165.000 Unterschriften gesammelt, die wir einem entsprechenden Verbotsantrag beisteuern könnten und würden.

Derzeit stehen wir im direkten Kontakt mit Marco Wanderwitz (CDU), der nach aktuellen Informationen plant, im Oktober einen Antrag auf ein AfD-Verbot im Deutschen Bundestag einzubringen. Ich stehe schon länger im Austausch mit Herrn Wanderwitz, und auch ihm haben wir angeboten, die Unterschriften zu Unterstützung beizutragen. Am kommenden Montag, den 23. September, werde ich diesbezüglich erneut mit ihm telefonieren.

Ich bin überzeugt, dass bei einem Verbotsverfahren gegen die AfD parteipolitische Differenzen zurückgestellt werden sollten. Ein solches Vorhaben erfordert einen geschlossenen und gemeinschaftlichen Auftritt.

Die Petition läuft inzwischen seit fünf Jahren, und ich möchte offen sagen, dass ich auch Kritik an den demokratischen Parteien übe. Einerseits, weil deren Politik teilweise dazu beiträgt, dass Parteien

wie die AfD erstarken, und andererseits wegen des mangelnden politischen Handelns. Viele Mandatsträger befinden sich in einer schwierigen Lage, und sollte diese Situation eskalieren, könnte die Demokratie in Deutschland ernsthaft bedroht sein.

Im Rahmen unserer Petition haben wir mehrfach Bundestags- und Landtagsabgeordnete angeschrieben und dringend darum gebeten, die Bedrohung durch die AfD ernst zu nehmen. Häufig wird auf die hohen Hürden für ein Verbotsverfahren hingewiesen. Diese Hürden sind uns bekannt und auch nachvollziehbar. Doch wir sind der Auffassung, dass die AfD diese längst überschritten hat. Es bedarf nun jemanden, der den Mut hat, den Antrag im Bundestag, Bundesrat oder über die Bundesregierung einzubringen. Letztlich stellt sich die Frage: Was gibt es zu verlieren? Im schlimmsten Fall bleibt die Lage unverändert, und wir müssen nach anderen Wegen suchen, um der AfD entgegenzutreten.

Es gilt aber auch zu bedenken, dass ein Teil der Bevölkerung die AfD zwar kritisiert, jedoch nicht bereit ist, aktiv gegen sie vorzugehen. Zudem scheint es, dass einige sogar aus der Antihaltung gegenüber der AfD wirtschaftlichen Nutzen ziehen. Dies kritisieren wir seit Langem im Rahmen unserer Petition. Es ist jetzt entscheidend, dass wir in der Öffentlichkeit geschlossen auftreten und Rückgrat zeigen, indem wir einen Antrag auf ein AfD-Verbot stellen. Unser Ziel ist es nicht, Aufmerksamkeit oder finanzielle Vorteile zu erlangen. Der Fokus liegt für uns und unsere Unterstützer allein auf dem Schutz der Demokratie und ihrer Verteidigung gegenüber der AfD.

Im Folgenden finden Sie den Link zu unserer Petition sowie zu unserer Webseite:

Petition: <https://www.change.org/AfD-Verbot-Jetzt>

Webseite: www.afdexit.de

Nehmen Sie gern Kontakt zu mir auf, ich würde mich freuen.

Mit besten und solidarischen Grüßen

Uwe Schulze